

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 494 J

20. Juni 2013

38. Jahrgang

Einwohnerantrag angenommen

Nach einer hitzigen, über drei Stunden währenden Debatte, und das am heißesten Tag des Jahres, wurde der Einwohnerantrag zum Fall Säntisstraße mit 26 zu 24 Stimmen angenommen. Den Text des beschlossenen Antrages veröffentlichen wir noch einmal zur Erinnerung am Ende dieses Beitrages.

Erstmals wurde ein Einwohnerantrag in der Bezirksverordnetenversammlung behandelt. Das könnte Signalwirkungen auf die Bürgerschaft haben, die sich in vielen Fällen ohnehin nicht mehr ausreichend von „ihren“ Politikern vertreten fühlt. Die relativ geringe Hürde von 1.000 Unterschriften dürfte in vielen ähnlich gelagerten Fällen leicht zu überwinden sein. Ein ewiges Verzögern der Antragsberatung ist auch nicht möglich, denn innerhalb von zwei Monaten muss die Beschlussfassung erfolgen. Außerdem bietet der Einwohnerantrag noch eine ganz andere Möglichkeit, nämlich die, dass ein Vertreter der betroffenen Gruppe vor der BVV sprechen darf. Von diesem Recht machte am 19. Juni der Vorsitzende des Vereins „Grüner Säntispark e.V.“, **Andreas Schwager** Gebrauch. Zu Beginn erläuterte er den Antrag und gab einen Abriss über die Entwicklung in den letzten dreieinhalb Jahren, die letztlich zu dem Einwohnerantrag geführt hat.

Die Debatte verlief teilweise recht sachlich, aber eben nur teilweise. Während die CDU die Versäumnisse von Stadtentwicklungsdezernentin **Dr. Sybill Klotz** (Grüne) auflistete, rechneten SPD und Grüne mit ihrem Vorgänger **Bernd Krömer** (CDU) ab. Ja, es sind viele Fehler gemacht worden, schon bei dem Beschluss der BVV im Februar 2010. Dieser spricht sich zwar für den Erhalt der Kolonie aus, verpflichtet aber nicht explizit und schon gar nicht detailliert das Bezirksamt tätig zu werden. Diese Ungenauigkeit ist in dem Verfahren den Beteiligten mehrfach auf die Füße gefallen. Anstatt den BVV-Beschluss jedoch einfach unbearbeitet liegen zu lassen, hätte das Bezirksamt dennoch tätig werden können. Das Bezirksamt kann aus eigenem Antrieb etwas für die Bürger tun und nicht nur, wenn es ausdrücklich von der BVV dazu aufgefordert wird. Den BVV-Fraktionen bleibt der Vorwurf nicht erspart, sich auch nicht um ihren Beschluss gekümmert zu haben.

2011 hätte noch eine Möglichkeit bestanden, den Flächennutzungsplan im Gespräch mit dem Senat zu verändern. Doch der damalige Bürgermeister **Ekkehard Band** (SPD) und Baustadtrat **Bernd Krömer** (CDU) haben es entweder verpennt oder sie hatten kein Interesse. Beides ist schlimm. Dann wurde gewählt und es fand ein Wechsel an der Spitze des Bezirksamtes und des Stadtentwicklungsdezernats statt. Ob **Sybill Klotz** das Ruder zu Gunsten der Kleingärtner und Anwohner noch hätte rumreißen können, wird sich nie mit letzter Sicherheit klären lassen. Ihre

Aktivitäten blieben jedoch stets unverbindlich und zeugen von keinem großen Engagement in dieser Geschichte. Zwar beteuert sie ständig, wie viele Briefe sie an alle möglichen Leute geschrieben hat, wer diese Briefe jedoch liest, bemerkt sehr schnell die leidenschaftslose Unverbindlichkeit. Wenn man dem Senat schreibt, dass „im politischen Raum der Wille besteht, die Kolonie zu erhalten“, dann ist das etwas anderes, als wenn man den Wortlaut des BVV-Beschlusses mitteilt und dazu schreibt, dass das Bezirksamt die Kolonie auf jeden Fall erhalten möchte.

Diese Debatte bringt nun aber niemanden mehr weiter. Abgesehen von der sehr engagierten und strukturierten Rede von **Andreas Schwager** vor rund 200 Bürgern aus dem Gebiet rund um die Säntisstraße, gab es zwei weitere, die bemerkenswert waren. Zum einen die Rede des jungen SPD-Bezirksverordneten **Jan Rauchfuß**, der in einem emotionalen Beitrag begründete, warum er und zwei weitere SPD-Bezirksverordnete dem Einwohnerantrag zustimmen werden, obwohl sich seine Fraktion dagegen entschieden hat. „Es spricht nichts dagegen, für den Antrag zu sein“, so Rauchfuß. Um seine Fraktion nicht gänzlich zu verärgern drohte er dann heftig auf **Bernd Krömer** ein. Sicherlich in vielen Punkten zu Recht. Es ist aber immer eine Geisterdebatte, über jemanden herzufallen, der nicht persönlich anwesend ist und selbst, wenn er es wäre, sich nicht zu den Vorwürfen vor der BVV äußern könnte.

Der zweite beachtliche Redebeitrag kam von **Sybill Klotz**, die sehr versöhnlich in Aussicht stellte, alle Teile der Bauanträge zu prüfen und in einem Gespräch mit den Beteiligten Anfang August den Versuch zu unternehmen, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen. Die eingereichten Lärm- und Verkehrsgutachten wiesen Ungereimtheiten auf. Diese müssten erst geklärt werden. So lobenswert die Haltung von Frau Dr. Klotz nun ist, darf man in dem ganzen Verfahren nicht vergessen, dass sie den Vorgang im November 2012 durch eine Mitteilung zur Kenntnisnahme als erledigt betrachten wollte. Aber schon **Konrad Adenauer** nahm für sich in Anspruch, in seinem Leben immer etwas klüger geworden zu sein.

Nach der Rede von **Sybill Klotz** hätte man über den Antrag abstimmen lassen können. Alles war gesagt, nur noch nicht von jedem. Und so fühlte sich SPD-Fraktionsvize **Stefan Böltes** berufen, auch noch einen Beitrag zu leisten. Er sorgte dafür, dass es an diesem Tag zwei peinliche Reden in Berlin gab, die von **Barak Obama** vor dem Brandenburger Tor und seine vor der BVV. Er habe den Einwohnerantrag unterschrieben, könne aber aus rechtlichen Gründen ihm nicht zustimmen. Dafür ertotete er Buhrufe aus den Reihen der Besucher. Ersparen wir uns die Bewertung des Satzes von Böltes. Viel schlimmer war, dass er dann über den CDU-Bezirksverordneten **Peter Rimmler** herfiel. Man kann sich mit dem politischen Gegner ja auseinandersetzen, ihn aber minutenlang zu beschimpfen und als Lügner darzustellen, geht einfach zu weit. Natürlich kostete diese völlig unnötige Entgleisung den Steuerzahler rund 200 Euro für das Sitzungsgeld des Ältestenrates, der natürlich auf Antrag der CDU einberufen wurde.

Nachdem dann endlich jeder seine Sicht der Dinge dargestellt hatte und es nicht versäumte, Schuldige zu benennen, wurde endlich abgestimmt. Mit 26 zu 24 Stimmen wurde der Antrag angenommen. Von den 55 Bezirkverordneten fehlten jeweils zwei bei den Grünen und der SPD, einer bei der CDU. Aus der SPD stimmten drei für den Antrag, die 17 anwesenden CDU-Verordneten, drei der Piraten, zwei der Linken und vermutlich auch die eine fraktionslose Bezirksverordnete, sonst käme man nicht auf 26.

Was nützt es nun den Kleingärtner und Anwohnern? Am 7. Juni 2013 hat das Oberlandesgericht Köln entschieden, dass die Bahnlandwirtschaft zwei Teilflächen des Areals „zu räumen und geräumt an die Klägerin (Anm.d.Red. den Eigentümer) herauszugeben“ hat. Die Revision vor dem Bundesgerichtshof wurde ausdrücklich zugelassen. Die Gelehrten streiten sich nun, ob die Revi-

sion aufschiebende Wirkung hat oder nicht. Aus dem Umfeld des Eigentümers hört man, dass so schnell wie möglich geräumt werden soll. Was heißt das? Auf jeden Fall eines, nämlich, dass wir über den Fortgang weiterhin berichten werden.

Ed Koch

Und hier der Einwohnerantrag im Wortlaut

Die unterzeichnenden Einwohner empfehlen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Tempelhof-Schöneberg gemäß § 44 BzVwG, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat den Beschluss der BVV vom 17.02.2010 über die Erhaltung der Kleingartenkolonie an der Sântisstraße nicht bzw. nicht mit dem erforderlichen Nachdruck und unter Ausschöpfung aller gebotenen tatsächlichen und rechtlichen Mittel umgesetzt. Der Fortbestand der Kolonie ist aufgrund dieser Versäumnisse ernsthaft gefährdet. Zugleich ist der Schutz der Wohnruhe der Anlieger der Sântisstraße, Zehrendorfer Straße, Richard-Tauber-Damm und Buckower Chaussee in diesem Bereich nicht mehr gewährleistet.

Das Bezirksamt wird daher dringend aufgefordert, unverzüglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Beauftragung eines externen Gutachtens zur Grundstückshistorie und zur Rechtslage

Für die Klärung des planungs- und bauordnungsrechtlichen Umganges mit der Koloniefäche ist ein externes Gutachten zu beauftragen. Dieses soll zunächst die historische Entwicklung der Eigentumsverhältnisse des Grundstücks und die Planung, Realisierung und ehemalige Nutzung der Gleisanlage auf dem Koloniegrundstück sowie der vorhandenen Gleisanlagen in dem gesamten Bereich zwischen Sântisstraße, Mariendorfer Damm, Buckower Chaussee und dem Trassenverlauf der Dresdener Bahn, darstellen bzw. aufbereiten. Darüber hinaus soll das Gutachten die Rechtslage untersuchen und hierbei insbesondere klären, welche rechtlichen Möglichkeiten des Bezirksamts noch bestehen, den Erhalt der Kleingartenanlage zu sichern und ob bzw. gegebenenfalls in welcher Höhe die zum Erhalt der Kolonie erforderlichen Maßnahmen mit Entschädigungs- bzw. Schadensersatzansprüchen des Investors/Eigentümers verbunden sein können. Ferner soll das Gutachten klären, ob bzw. inwieweit das Bezirksamt in der Vergangenheit sämtliche ihm zu geboten stehenden Möglichkeiten der Wahrung und Einbeziehung der Interessen der Kleingärtner beachtet hat, und Empfehlungen für das weitere Vorgehen aussprechen.

2. Aufnahme von Verhandlungen mit den maßgeblichen Trägern öffentlicher Belange

Das Ergebnis der historischen und juristischen Begutachtung ist dem Eisenbahn-Bundesamt, der Deutschen Bahn AG, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zur Kenntnis zu geben. Anschließend sollten entsprechende Gespräche aufgenommen werden. Ziel der Aufnahme von Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG soll es dabei sein, die Auswirkungen des Ausbaus der Dresdener Bahn für das Koloniegelände und der Sântisstraße zu klären. Ferner soll in diesen Gesprächen erörtert werden, welche Auswirkungen die von der Deutsche Bahn AG geplante Unterführung der Bahntrasse der Dresdener Bahn für das Koloniegrundstück und die Sântisstraße haben könnte. Das weitere Verwaltungsverfahren ist unter Beachtung der Präsidialverfügung des Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes vom 31.10.2005, durchzuführen. Ziel der Verhandlungen mit den zuständigen Senatsverwaltungen soll es sein, das Koloniegrundstück aus dem Entwicklungskonzept für den produktionsgeprägten Bereich zu entlassen und den Flächennutzungsplan dergestalt zu ändern, dass die Kolonie erhalten werden kann, wobei auch zu klären ist, welche

Ersatzgrundstücke dem Investor/Eigentümer vom Land Berlin eventuell zur Verfügung gestellt werden können.

3. Einleitung weiterer erforderlicher Maßnahmen und Verhandlungen mit dem Investor

Es sind alle rechtlich zulässigen und tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, die Kolonie Sätisstraße zu erhalten und eine Bebauung durch Logistikunternehmen auf der Grundlage der erteilten Bauvorbescheide sowie zugunsten anderer Vorhaben zu verhindern. Hierzu soll zunächst ein Bebauungsplan aufgestellt und eine Veränderungssperre erlassen werden mit dem Ziel, die Kolonie kurzfristig als Dauerkleingarten gemäß § 1 Abs. 3 BKleingG auszuweisen. Der Investor/Eigentümer soll unverzüglich aufgefordert werden, ein Lärm- und Verkehrsgutachten zu den aktuellen und geplanten Bauvorhaben in der Sätisstraße 89 und der Koloniefäche vorzulegen und dieses dem Bezirksamt und der BVV zugänglich zu machen. In dem Gutachten sind auch die Auswirkungen für die Anrainer in Bezug auf die infolge der beantragten Bebauung zu erwartende Feinstaubentwicklung darzustellen.

Mit dem Investor/Eigentümer ist ein Gespräch mit dem Ziel zu führen, dass die angestrebten Bauvorhaben nicht umgesetzt und eventuell begründete Entschädigungsforderungen auf ein Minimum reduziert werden. Die Möglichkeiten der Stellung eines Ersatzgrundstücks für den Investor/Eigentümer sind auszuloten.

Das Bezirksamt soll alle Abstimmungen zwischen den Beteiligten koordinieren und steuern, damit zügig ein positives Ergebnis im Interesse der betroffenen Kleingärtner und der Anrainer erzielt werden kann. Der BVV ist kontinuierlich und zeitnah, spätestens zu jeder Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, zu berichten. Die Ergebnisse sind in einer weiteren Einwohnerversammlung darzustellen.